



Niederschrift

52. Plenarsitzung Gemeinderat
17. Juli 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

Punkt 15 der Tagesordnung: Weinbrennerschule: Umstellung auf Ganztagsgrundschule in der verbindlichen Form

Vorlage: 2018/0406

dazu:

Ergänzungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2018/0508

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Schulbeirat, die Ganztagschule der Weinbrennerschule ab dem Schuljahr 2019/20 von der Wahlform auf die verbindliche Form umzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 43 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Schulbeirat und die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zum Ergänzungsantrag.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir haben hier einen ganz klaren Zielkonflikt. Unser Antrag richtet sich nicht gegen die Erweiterung der Weinbrenner-Kita, sondern zeigt auf, was wir schon im Schulbeirat diskutiert haben, dass dieser Zielkonflikt, einerseits Erweiterung der Weinbrenner-Kita und andererseits auch das Bedürfnis der Weinbrennerschule auf eine Grünfläche, bis jetzt eindeutig zu Lasten der Weinbrennergrundschule geht. Ausgerechnet einer Grundschule, die als erste Grundschule in Karlsruhe beschlossen hat sich umzustellen auf eine verbindliche Ganztagsgrundschule. Etwas, das wir uns schon lange wünschen und etwas, das dazu führt, dass es eine erhebliche Qualitätsverbesserung dieser Grundschule gibt. Denn es werden keine Mischklassen mehr gebildet werden müssen. Es kann ein wunderbares rhythmisiertes Konzept dort umgesetzt werden, dass das Kollegium mit großem Herzblut und Engagement entwickelt hat.

Ein Kernstück dieses pädagogischen Ganztagskonzepts ist diese Wiese. Deshalb haben wir das schon im Schulbeirat diskutiert. Wir haben eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Sie haben jetzt alle Vorschläge abgelehnt in der Antwort, lediglich soll die Sickergrube zur Verfügung stehen. Allerdings muss man dazu sagen, dass bei begrünter Sickergrube in der Regel auch keine Geräte aufgestellt werden können. Auch da ist der Nutzen relativ fragwürdig. Vor allem auch, dass nicht auf die Parkplätze verzichtet werden kann, wäre für uns noch zu klären. Aber es sind noch einige Vorschläge gemacht worden, z. B. eine Fläche bei den naheliegenden Kleingärten aufzutun oder im Grünzug noch eine Fläche zu gewinnen. Es kann nicht sein, dass der Schule ausschließlich ein asphaltierter Schulhof zur Verfügung steht, der dazu auch noch der Durchgangsweg für die Kita ist. Das ist nicht zu akzeptieren, auch wenn man sagt, man optimiert diese asphaltierte Fläche. Die dient als Zuweg. Man kann also nicht einfach eine Wiese daraus machen. Insofern sind wir sehr unzufrieden und werden uns weiter bemühen, dass hier Lösungen gefunden werden, auch wenn wir nicht sehen, dass Sie als Stadtverwaltung gewillt sind, hier noch ernsthaft am Ball zu bleiben. Die Absicht ist auch nicht zu erkennen in der Beantwortung. Es wäre mir doch sehr recht, wenn jetzt ein Signal kommt, dass weitere Grünflächen gefunden werden sollen und damit die Schule, die sehr enttäuscht ist, dann doch ihr Konzept umsetzen kann. Ich habe die Wiese selber besucht. Es ist eine Naturoase für Gärtner, für Rückzugsmöglichkeiten, für Spielen, für Natur erleben. Es kann einfach nicht sein, dass die Schule jetzt keine Wiese mehr haben soll. Deshalb bitte ich, hier noch einmal in Lösungen zu gehen. Wir hoffen, dass wir dann für die Schule erreichen, dass sie ihr Konzept umsetzen kann.

Stadträtin Habibović (SPD): Als wir diese Beschlussvorlage gelesen haben, hatten wir uns eigentlich sehr gefreut, dass sich die Weinbrennerschule als verbindliche Ganztagsgrundschule weiterentwickeln möchte. Leider dauerte unsere Freude nicht lange an. Hier ist ein Zielkonflikt. Frau Stadträtin Rastätter hat alles aufgeführt. Ich möchte mich nicht wiederholen. Klar ist, dass die Schulleiterin im Schulbeirat signalisiert hat, was auch nachvollziehbar ist, welche Relevanz diese Wiese hat. Deshalb unterstützen wir auch diesen Antrag der GRÜNEN und fordern Sie, die Verwaltung, auf, auf eine Alternative hinzuwirken, um dem Konflikt entgegenzuwirken. Die erste Stellungnahme ist bereits da. Allerdings ist diese Stellungnahme nicht ganz zufriedenstellend. Wir hoffen, dass die Verwaltung hier schnellstmöglich eine gesunde Lösung sowohl für die Kita-Erweiterung als auch für die Schule findet.

Eines ist klar. Wir unterstützen sowohl die Erweiterung der Kita als auch den Wunsch der Schule auf eine Grünfläche, um das pädagogische Konzept vor Ort weitgehend umsetzen zu können. Deshalb die Aufforderung an die Verwaltung, hier eine Alternative bzw. Lösung zu finden, wie z. B. eine Fläche bei den Kleingärten.

Stadtrat Krug (CDU): Im Wesentlichen kann ich mich den Beiträgen meiner beiden Vorrednerinnen anschließen. Die Lage ist verfahren. Aber wir vertrauen darauf, dass eine Lösung gefunden werden kann. Immerhin, wenn eine Schule sich bereit erklärt, ein Ganztagschulskonzept zu erarbeiten und dann dieses Konzept nicht umgesetzt werden kann, dann kann ich schon nachvollziehen, dass man dann von diesem Konzept und von dem Antrag abrückt. Das wäre für mich eine unbefriedigende Lösung. Deswegen hoffe ich, dass wir hier noch eine gütliche Lösung finden.

Eine Anmerkung sei mir allerdings erlaubt. Wenn hier drin steht, dass eine doppelt so große Außenfläche verfügbar ist, wie laut Richtlinie erforderlich wäre, dann sagt das noch

nichts darüber aus, ob diese Außenfläche auch für das Konzept der Weinbrennerschule reicht.

Stadtrat Cramer (KULT): Es ist wirklich kein optimaler Start der ersten Ganztagsgrundschule. Vor allem, wenn wir im Schulbeirat gehört haben, was ich hier nicht weiter ausführen möchte, wie die Situation zustande kam. Ich hoffe nicht, dass die Befürchtung von Frau Kollegin Rastätter richtig ist, dass die Verwaltung mehr oder weniger auf dem Standpunkt steht, wie sie jetzt geantwortet hat, wir kümmern uns nicht weiter. Auch meine Fraktion hat absolut die Erwartung und den Anspruch, dass hier alles getan wird, damit die nötigen Grünflächen, die für den Betrieb der Ganztagsgrundschule gebraucht werden, auch erhalten bleiben. Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen und natürlich dem Antrag der Verwaltung.

Stadtrat Jooß (FDP): Natürlich sind wir wieder in einem Zielkonflikt. Typisch für Karlsruhe. Zu wenig Fläche, wie überall. Wir hoffen, dass man zum Konsens kommt zwischen Kindergarten und Ganztagschule. Wir hoffen, dass die Verwaltung einen Vorschlag einbringt, dem wir im Schulbeirat zustimmen können.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir von der AfD sind für Wahlfreiheit für die Eltern. Deswegen lehnen wir auch in diesem speziellen Fall – einfach aus prinzipiellen Gründen – die Umstellung auf einen Ganztagsschulbetrieb in der verbindlichen Form ab und werden dagegen stimmen.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich zu der Diskussion noch etwas sagen. Die Stellungnahme der Verwaltung gibt vor allem wieder, dass wir eine ganz klare Priorität haben auf die Zurverfügungstellung von Betreuungsplätzen. Wir haben genau in den benachbarten Stadtteilen mit das größte Defizit. Insofern ist es völlig nachvollziehbar, dass wir hier einen Ausbau dieser Kindertagesstätte an die Stelle Eins setzen. Wenn das nur unter Einbeziehung einer Grünfläche geht, dann müssen Sie am Ende entscheiden, ob Ihnen das das wert ist oder nicht. Ich kann Ihnen nur dringend dazu raten. Denn wir werden nicht ohne solche Eingriffe den Ausbau der Kinderbetreuung voranbringen können.

Das Zweite ist, es ist wunderbar, dass wir eine Grundschule haben, die ein verbindliches Ganztagschulangebot einrichten möchte. Da, Frau Stadträtin Rastätter, kann aus meiner Sicht aber auch nicht stehen bleiben, dass ein solches Ganztagsgrundschulangebot nur von dieser Grünfläche abhängt. Da erwarte ich dann auch von der Schule – ohne jetzt die Verhältnisse zu kennen – eine gewisse Flexibilität. Dass man hier ein Ganztagschulangebot mit Außengelände, mit Grünfläche will, alles okay. Aber da muss eine gewisse Flexibilität her.

Das Dritte ist, wir haben dargestellt, dass wir bei den klassischen Prüfungen, die wir in der Umgebung haben, noch keine Lösung gefunden haben. Ich sage Ihnen aber zu, dass wir das weiter verfolgen. Ich sage Ihnen auch zu, dass wir noch einmal die Vorschläge von Ihnen prüfen. Insofern würde ich Sie bitten, dass wir das jetzt nicht abstimmen müssen. Das machen wir natürlich. Die Diskussion gehört dann in den Schulbeirat bzw. in den Fachausschuss. Wenn wir so detailliert anfangen, jetzt einzelne Themen hier zu diskutieren, dann werden wir an der Stelle nicht mehr froh. Trauen Sie uns bitte etwas mehr zu, dass wir es dann auch gemeinsam lösen können.

Aber es wird für alle drei Ziele, einmal Erhalt Grünfläche, einmal Kindertagesstättenausbau, einmal Ganztagsgrundschule am Ende natürlich nie die optimale Lösung sein, als hätte ich nur eines dieser Themen zu lösen. Das ist auch klar. Aber wir müssen es irgendwie hinbekommen. Die Weinbrennerschule ist natürlich auch vom Standort eine Schule, die durchaus in der Nähe hochwertiger Grünanlagen liegt. Wir sind hier nicht mitten im absoluten Ballungsgebiet. Sie haben einige Hinweise gegeben. Das sehe ich auch. Aber ich glaube, auch die Schule muss sich in ihrer Konzeption an der einen oder anderen Stelle ein bisschen bewegen. Ich glaube aber auch, dass sie dazu bereit sein wird. Ich möchte mich jedenfalls bei der Schule ausdrücklich bedanken, dass sie überhaupt diesen Weg geht. Denn ich weiß, was das für ein Kraftakt ist, auch das ganze Lehrerkollegium zu überzeugen. Insofern Respekt. Wir werden natürlich versuchen, das alles unter einen Hut zu bekommen, bzw. auf eine zu kleine Fläche.

Wenn Sie einverstanden wären, brauchen wir den Ergänzungsantrag nicht abzustimmen. Wir fühlen uns beauftragt und werden Sie über die möglichen Lösungen ganz intensiv immer auf dem Laufenden halten.

Dann rufe ich die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Weinbrennerschule und der Umstellung auf den Ganztagsgrundschulbetrieb in verbindlicher Form auf. – Bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mehrheitlich so angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
30. Juli 2018